



Politik

Erste Analyse zu Trump-Xi-Treffen: US-Kurs zu Taiwan bleibt stabil

US-Präsident Donald Trump und Chinas Staats- und Parteichef Xi Jinping führten am 24. September im Weißen Haus bilaterale Gespräche.

Der frühere Mitarbeiter des Nationalen Sicherheitsrats im Weißen Haus, Alexander Gray, sagte in einem Interview mit der taiwanischen Nachrichtenagentur CNA, Trump habe sein Ziel erreicht, die Beziehungen zwischen den USA und China stabil zu halten. Zugleich rechne er kurzfristig nicht mit einer Änderung der US-Haltung zu Taiwan. Washington werde Taiwan weiter moderne Waffen liefern und die Waffenverkäufe nach dem üblichen Zeitplan vorantreiben.

Gray erklärte weiter, Xi trete beim Thema Taiwan besonders hart auf. Die Grundlinie der USA zu Taiwan sei jedoch nicht nur eine Position der Trump-Regierung, sondern breiter in der US-Politik verankert, etwa im *Taiwan Relations Act* und in den *Sechs Zusicherungen*. Deshalb gehe es bei künftigen Waffenverkäufen an Taiwan weniger darum, ob sie stattfinden, sondern wann, in welchem Umfang und mit welchen Systemen. Auch ein bisher nicht entschiedener möglicher Waffenverkauf im Wert von 14 Mrd. US-Dollar ändere daran nichts.

Zum Treffen selbst sagte Gray, es sei nicht unbedingt auf ein großes historisches Abkommen angelegt gewesen. Schon der offene Kontakt zwischen beiden Staatschefs sei wichtig, um die Beziehungen stabil zu halten.

Nach Medienberichten hatten die USA und China zuvor eine Verlängerung ihrer Handelspause um zwei Monate vereinbart und einen Dialog über KI eingerichtet. Gray teilte dazu mit, ein solcher Kommunikationskanal könne helfen, Risiken durch mögliche Fehlentwicklungen bei KI zu begrenzen. Die USA wollten zugleich Zeit gewinnen, um Lieferketten widerstandsfähiger zu machen, etwa bei seltenen Erden und Medikamenten.

IPAC-Mitbegründer fordert Regierungen auf, ihre Taiwan-Politik über die Resolution 2758 hinaus zu überdenken



Luke de Pulford, Mitbegründer der Interparlamentarischen Allianz zu China (IPAC), erklärte kürzlich gegenüber Journalisten, das Widerlegen der Auslegung der UN-Resolution 2758 durch Peking sei nur der erste Schritt. Regierungen sollten die Frage,

„wer China vertritt“, gänzlich vermeiden und ihre Politik gegenüber Taiwan überdenken.

Anfang September hatte de Pulford auf Einladung der Taipeh Vertretung in Berlin an einer Diskussion über die Auslegungen und Auswirkungen der Resolution 2758 teilgenommen und im Anschluss mit CNA gesprochen.

Die IPAC analysierte seit 2024 Erklärungen des chinesischen Außenministeriums zur Resolution 2758 und stellte dabei fest, dass solche Erklärungen früher vor allem aus Peking abgegeben wurden. Jedoch ist dieser Anteil der Erklärungen zunehmend auf chinesische diplomatische Vertretungen und Delegationen im Ausland übergegangen. Der Ton der Rhetorik, so de Pulford, sei zudem defensiver geworden.

Gleichzeitig hätten sich auch Pekings Methoden zur Ausübung von Druck verändert. China lege in einigen Volkswirtschaften, die anfälliger für Druck seien, weniger Wert darauf, Regierungen mit Argumenten auf der Grundlage der Resolution 2758 und des Völkerrechts zu überzeugen, stattdessen fordere Peking direkter die Akzeptanz des Ein-China-Prinzips ein. De Pulford sei der Ansicht, dass der Widerstand nationaler Parlamente es weltweit für Peking schwieriger mache, seine Auslegung der Resolution 2758 auf staatlicher Ebene durchzusetzen.

Die Resolution sei heute nur deshalb für Taiwan von Bedeutung, weil Peking ihre Bedeutung verzerrt und sie als Instrument nutzt, um Taiwan an der Teilnahme an internationalen Organisationen zu hindern. Die Länder sollten jetzt ihren gesamten diplomatischen Ansatz gegenüber Taiwan überarbeiten, anstatt ihn weiterhin durch diesen mittlerweile 50 Jahre alten Streit darüber zu bestimmen, wer China vertritt.

Der IPAC-Gründer betonte zudem, dass Taiwan mittlerweile ein wirtschaftlich einflussreiches Land sei, das weltweit benötigte wichtige Güter produziere. Taiwan verfüge daher über einen gewissen Einfluss in seinen internationalen Beziehungen und sollte diesen nutzen, um die Weltgemeinschaft dazu zu bewegen, das Land so anzuerkennen, wie es heute sei.

Wirtschaft

Wirtschaftsminister kündigt 25 große Erdgaskraftwerksblöcke für KI-Strombedarf an

Der taiwanische Wirtschaftsminister Gong Ming-xin erklärte am 30. September bei der Veranstaltung *Tatung AIDC Launch Event*, Taiwan bereite sich auf den steigenden Strombedarf im KI-Zeitalter vor.

Ab 2026 sollen in den nächsten zehn Jahren 25 große Erdgaskraftwerksblöcke ans Netz gehen, die zusammen eine Leistung von 26 Gigawatt bringen sollen.

Allein dieses Jahr sollen vier Blöcke mit

zusammen 5,2 Gigawatt in Betrieb gehen - das entspreche etwa einem Zehntel der heutigen jährlichen Stromerzeugung Taiwans.

Das KI-Zeitalter sei nicht nur ein Wettbewerb um Rechenleistung, sondern auch um Energie und nationale Stärke, so Gong.

Das Wirtschaftsministerium wolle KI in viele Branchen bringen, besonders auch in kleine und mittlere Unternehmen.

Präsident Lai kündigte an, in den kommenden acht Jahren zusätzlich etwa 2,77 Mrd. Euro bereitzustellen, um kleinere Unternehmen beim Einsatz von KI-Rechenleistung zu unterstützen.

Neben den neuen Erdgaskraftwerken nannte Gong auch Offshore-Windkraft und andere erneuerbare Energien. Zusammen könnten diese zusätzlichen Quellen bis 2035 jährlich rund 200 Mrd. Kilowattstunden Strom für KI-Rechenleistung bereitstellen.

Taiwan behauptet den 5. Platz im globalen Vermögensbericht



Die deutsche Allianz-Gruppe veröffentlichte am 30. September ihren *Allianz Global Wealth Report 2026*, demzufolge sich die finanziellen Nettovermögenswerte pro Kopf in Taiwan auf 164.470 Euro beliefen. Taiwan liegt damit weltweit wie im Vorjahr auf Platz fünf und wird nur von den USA, der Schweiz, Dänemark und Singapur übertroffen.

Der Bericht untersuchte die Vermögenswerte und Verbindlichkeiten von privaten Haushalten in fast 60 Ländern. Demnach erreichte das weltweite Vermögen der privaten Haushalte im letzten Jahr einen historischen Höchststand von ca. 268,4 Bill. Euro. Außerdem wurde festgestellt, dass der Besitz von Vermögenswerten zunehmend an Bedeutung gewinnt, wenn es darum geht, zu bestimmen, wer von der künftigen Vermögensbildung profitieren wird.

Ende 2025 stiegen die gesamten Finanzvermögen der taiwanischen Haushalte um 8,7 Prozent auf 4,5 Bill. Euro - eine Verlangsamung gegenüber den 9,3 Prozent im Jahr 2024 und eine Marke, die unter dem Durchschnitt von 9,8 Prozent der anderen im Bericht erfassten asiatischen Märkte lag. Mit Ausnahme von Japan und China.

Inflationsbereinigt stiegen Taiwans Geldvermögen 2025 um 6,9 Prozent, was in etwa dem Niveau von 7 Prozent im Vorjahr entspricht.